

Große Anfrage

**der Abgeordneten Breidbach, Dr. Narjes, Schmidhuber, Dr. Köhler (Duisburg),
Dr. Dollinger, Dr. Unland, Pieroth, Dr. von Geldern, Kittelmann, Vogt (Düren),
Dr. Biedenkopf, Lampersbach, Lenzer, Dr. Hoffacker, Dr. Hüscher und der Fraktion
der CDU/CSU**

Rohstoffpolitik der Bundesregierung

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in den vergangenen Jahren durch parlamentarische Initiativen, wie z. B. mit der Anfrage Rohstoffsicherung (Drucksache 7/4366) und ihren Einlassungen aus Anlaß der Debatte um die Große Anfrage zur Entwicklungspolitik (Drucksache 8/345) auf die Probleme der Sicherung der Versorgung mit Rohstoffen und die Gefahren internationaler Fehlentwicklungen in der Rohstoffpolitik hingewiesen.

In den Debatten über ihre Initiativen hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein geschlossenes, langfristiges und überzeugendes rohstoffpolitisches Gesamtkonzept der Bundesregierung nicht erkennen können.

Das Wirtschaftswachstum, die internationale Wettbewerbsfähigkeit, die technische Entwicklung und die Arbeitsplatzsicherung in der Bundesrepublik Deutschland und ihre Fähigkeit zur Unterstützung der Entwicklungsländer kann bei Fehlentwicklungen unserer Rohstoffversorgung gefährdet werden. Die wichtigste Aufgabe der deutschen Rohstoffpolitik muß es darum sein, europäische und nationale Versorgungslücken zu verhindern. Dazu gehört es auch, internationalen Rohstoffkartellen entgegenzutreten. Dies ist – effektiv – nur über freie und funktionsfähige Weltmärkte möglich. Ihre Mechanismen müssen störungsfrei ablaufen und fortlaufend weiterentwickelt werden. Artifizielle Rohstoffpreise – wie immer sie zustande kommen werden – sind ein ungeeignetes Instrument zur Übertragung von Ressourcen in die Entwicklungsländer, weil der Nutzen solchermaßen erhöhter Preise zu zwei Dritteln den Rohstoffproduzenten in den Industriestaaten von Ost und West zugutekommen. Unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten muß darauf hingearbeitet werden, eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Rohstoffherzeugerländern und Rohstoffverbraucherlän-

dern herbeizuführen. Dazu kann ein fairer Ausgleich der Rohstoffinteressen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern wesentlich beitragen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist eines der großen rohstoffverbrauchenden Länder der Welt. Die Risiken unserer Rohstoffversorgung – unausgeglichene Entwicklung von Angebot und Nachfrage sowie eine negative Beeinflussung der Märkte durch politische Eingriffe – verlangen darum auch ein in sich widerspruchsfreies, realistisches rohstoffpolitisches Konzept, das gleichermaßen für unsere Mitwirkung in den Europäischen Gemeinschaften wie für unsere autonomen Entscheidungen anwendbar ist.

Wir fragen deshalb die Bundesregierung:

Teil A – Allgemeine Fragen zur Rohstoffsicherung

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die Reichweite der gewinnbaren Reserven unserer Importrohstoffe?
2. Wie beurteilt die Bundesregierung die Versorgungssicherheit bei wichtigen Rohstoffen wie Chrom, Nickel, Titan, Kupfer, Zinn, Zink, Blei, Bauxit, Eisenerz, Kobalt, Wolfram, Tantal, Molybdän und Phosphat auf mittlere und längere Sicht?
3. Welche Rohstoffe sind auf mittlere oder längere Sicht substituierbar? Welche Voraussetzungen müssen jeweils erfüllt sein?
4. Welche Aufgabe hat die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe im Zusammenhang mit einer nationalen Rohstoffsicherungspolitik der Bundesregierung zu erfüllen?
5. Ist sichergestellt, daß alle Forschungsergebnisse der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe den an Rohstoffinvestitionen beteiligten Unternehmen zur Verfügung stehen?
6. Wieweit sind die Forschungsarbeiten, die die Bundesregierung in ihrem „Sachbericht zur Rohstoffpolitik“ des interministeriellen Staatssekretärausschusses angekündigt hat, gediehen?
7. Welche Konsequenzen würden sich für die Bundesrepublik Deutschland ergeben aus Lieferunterbrechungen von Rohstoffen aus Südafrika, Rhodesien und Namibia/Südwestafrika? Welche Rohstoffe wären davon betroffen?
9. Hält die Bundesregierung eine Ausweitung des Uran-Angebotes durch Beteiligung deutscher Unternehmen an der Ausbeutung neuer Lagerstätten für notwendig? Beabsichtigt die Bundesregierung die deutschen am internationalen Uranbergbau beteiligten Unternehmen besonders zu fördern?
10. Wie beurteilt die Bundesregierung die Risiken für die Aufsuchung von Rohstoffen notwendigen Investitionen der deutschen Industrien im Auslandsbergbau?

11. Hält die Bundesregierung eine besondere Förderung dieser Investitionen für notwendig und welche Förderinstrumente denkt sie gegebenenfalls einzusetzen?
12. Reicht das derzeitige außenwirtschaftliche Garantieinstrumentarium zur Abdeckung von Investitionen im Rohstoffbereich aus oder beabsichtigt die Bundesregierung eine Ergänzung dieses Instrumentariums, und wie soll sich diese darstellen?
13. Hat die Bundesregierung schon Überlegungen angestellt, ob es im Interesse der Rohstoffsicherung der Bundesrepublik Deutschland von Nutzen sein könnte, mit der Volksrepublik China zusammenzuarbeiten? Zu welchen Ergebnissen ist sie gekommen?
14. Ist es richtig, daß der Anteil der Entwicklungsländer an der Produktion von mineralischen Rohstoffen kontinuierlich zurückgeht? Um welche mineralischen Rohstoffe handelt es sich im einzelnen?
15. Mit welchen Haushaltsmitteln fördert die Bundesregierung ihre Rohstoffpolitik? Welche Ressorts sind für welche Teile der Rohstoffpolitik federführend?

Teil B – Rohstoffsicherung und Probleme der Bevorratung

16. Befürwortet die Bundesregierung eine staatlich geförderte Bevorratung, und welche Prioritäten bestehen hinsichtlich einzelner Rohstoffe? Für welche Rechtsform und Instrumente der Bevorratung hat sie sich entschieden?
17. Wie hoch wären die Kosten für eine nationale Rohstoffbevorratung strategisch wichtiger Rohstoffe bei einer Reichweite von sechs Monaten?
18. Bei welchen Rohstoffen wäre die Schaffung eines „Sicherheitspolsters“ durch Verstärkung eines Versorgungsbeitrages aus heimischen Rohstoffvorkommen möglich?
19. Hält die Bundesregierung eine staatliche Hilfestellung zugunsten solcher Unternehmen für erforderlich, die aus Gründen eines öffentlichen Sicherheitsinteresses bestimmte Rohstoffe auf Lager halten, die über eine für das Unternehmen normale Lagerhaltung hinausgehen?
20. Mit welchem Ergebnis hat die Bundesregierung die im „Sachbericht zur Rohstoffpolitik“ des interministeriellen Staatssekretärausschusses für Rohstofffragen angekündigten Überlegungen für Bevorratungsmaßnahmen abgeschlossen und inwieweit hat sich ihr Informationsstand oder die tatsächliche Vorratslage von Rohstoffen bei den Unternehmen verbessert?
21. Aus welchen Gründen wird bisher in der Bundesrepublik Deutschland (Ausnahme Rohöl) keine Rohstoffbevorratung wie z.B. in den USA, in Schweden und in der Schweiz gefördert?
22. Hat die Bundesregierung vom Inhalt einer Studie für die Regierung der Vereinigten Staaten über die Möglichkeiten

einer Preisstabilisierung von Rohstoffen durch die Einrichtung nationaler (koordinierter) Vorratslager Kenntnis, und wie beurteilt sie sie?

Teil C – Rohstoffsicherung und Rohstoffgewinnung aus dem Meer

23. Wie beurteilt die Bundesregierung die rohstoffsichernden Möglichkeiten im maritimen Bereich (aufgegliedert nach Festlandsockel, 200-Meilen-Wirtschaftszone und Tiefsee)?
24. Was hat die Bundesregierung bisher getan, um die deutschen Interessen an der Rohstoffgewinnung aus dem Meer in internationalem Rahmen abzusichern?
25. Bei welchen Mindestvoraussetzungen ist es der Bundesregierung möglich, einem internationalen Abkommen zur Regelung des Tiefseebergbaues beizutreten? Wie stellt sie sich zu Forderungen nach Schaffung einer Meeresbehörde, wie sie auf der letzten Seerechtskonferenz im sogenannten INCT-Papier formuliert wurde?
26. In welchem Umfang unterstützt die Bundesregierung die an der Meerestechnik und am Tiefseebergbau beteiligten Unternehmen?
27. Unter welchen Bedingungen ist die Bundesregierung zur weiteren Förderung deutscher Unternehmen – die Rohstoffinteressen im maritimen Bereich haben – bereit?
28. Ist die Bundesregierung bereit, etwaige Investitionen deutscher Unternehmen im Bereich der hohen See garantiemäßig abzusichern?
29. Ist die Bundesregierung bereit, die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe im Hinblick auf die notwendige Erforschung der marinen Rohstoffvorkommen mit allen notwendigen Hilfsmitteln auszustatten, die sie benötigt, um optimale Forschung im Rahmen ihrer Forschungsaufgaben betreiben zu können?

Teil D – Internationale Probleme der Rohstoffpolitik

30. Welche Initiativen und Maßnahmen haben bislang die Europäischen Gemeinschaften und die Bundesregierung im internationalen Bereich (KIWZ usw.) ergriffen, um eine bessere Sicherung der nationalen Rohstoffinteressen herbeizuführen?
31. Wie beurteilt die Bundesregierung die Praxis laufender Rohstoffabkommen?
32. Welche Rohstoffe eignen sich nach Auffassung der Bundesregierung für internationale Rohstoffabkommen, und wie müßten diese Abkommen im Interesse der Bundesrepublik Deutschland gestaltet sein?
33. Wie beurteilt die Bundesregierung die grundsätzliche Weigerung der Staatshandelsländer, sich an Rohstoffabkommen oder anderen mit finanziellen Lasten verbundenen Maßnahmen der Entschließung von Nairobi zu beteiligen?

34. Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung hinsichtlich der Beteiligung an Rohstoffabkommen und der Finanzierung derartiger Abkommen sowie einer zusätzlichen Finanzierung eines „Common Funds“?
35. Wie beurteilt die Bundesregierung die Positionen der einzelnen Ländergruppen nach der zweiten Verhandlungsrunde über die Errichtung eines „Common Funds“?
36. Welche konkreten Auswirkungen auf die Beschäftigung hat die Rohstoffproduktion
- a) von mineralischen Rohstoffen,
 - b) von agrarischen Rohstoffen
- in den Entwicklungsländern?
37. Welche Entwicklungsländer gelten als Rohstoff „have-nots“ bei
- a) mineralischen,
 - b) agrarischen
- Rohstoffen?
38. Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefahr des politischen Mißbrauchs der „have-nots“ unter den Entwicklungsländern zugunsten der rohstoffexportierenden Entwicklungsländer?
39. In welchen rohstoffproduzierenden Ländern beträgt der Anteil von Rohstoffexporten am Bruttosozialprodukt
- a) 5 v. H.,
 - b) 10 v. H.,
 - c) 15 v. H.,
 - d) 20 v. H.,
 - e) 25 v. H.,
 - f) 30 v. H.,
 - g) 40 v. H.,
 - h) mehr als 50 v. H.?
40. Wie wirken sich Preiserhöhungen bei den auf der Konferenz in Nairobi für Fonds vorgesehenen Rohstoffen auf der Einnahmeseite bei Erhöhungen von
- a) 10 v. H.,
 - b) 15 v. H.,
 - c) 20 v. H.,
 - d) mehr als 30 v. H.
- in Dollar – aus?
41. Liegen der Bundesregierung inzwischen Erkenntnisse vor, welche Kosten der Bundesrepublik Deutschland als Anteile an einer internationalen Lagerhaltung bei den sogenannten Nairobi-Rohstoffen entstehen?
42. Wie hoch sind die Importe – auf Dollarbasis – der EG-Mitgliedsländer aus den Entwicklungsländern?
43. Wie würde sich eine verringerte Rohstoffexporttätigkeit der Entwicklungsländer bei den Hauptrohstoffen auf die Versorgungslage der Bundesrepublik Deutschland auswirken?

44. Unter welchen Bedingungen und für welche Rohstoffe erscheint es für die rohstoffexportierenden Entwicklungsländer wirtschaftlich sinnvoll, Rohstoffverarbeitungskapazitäten im eigenen Lande aufzubauen?
45. Gibt es rohstoffproduzierende Entwicklungsländer, deren Abhängigkeit von Rohstoffexporterlösen abgenommen hat, und um welche Länder handelt es sich?
46. Wie beurteilt die Bundesregierung die Behauptungen der UNCTAD, nach denen die Rohstoffexporterlöse ein Vielfaches der ausländischen Entwicklungshilfe ausmachen sollen?
47. Hält die Bundesregierung es wenigstens theoretisch für möglich, daß nach den Vorstellungen des UNCTAD-Programmes Preise für Rohstoffe bestimmt werden können, die „lohnend und gerecht“ für die Erzeuger und zugleich „fair für die Verbraucher“ sind?
48. Hält die Bundesregierung die vorgeschlagene Einrichtung von Bufferstocks sowie von Produktions- und Exportregelungen mit Liefer- und Abnahmeverpflichtungen für praktikabel und wirksam im Sinne einer Verstetigung und/oder Anhebung von Rohstoffpreisen? Können diese der Verstetigung der Rohstoffpreise dienen?
49. Welche Instrumente hält die Bundesregierung für geeignet, um sie verstärkt für eine Rohstoffsicherung in Kombination mit Entwicklungshilfe einzusetzen?

Bonn, den 4. April 1978

Breidbach
Dr. Narjes
Schmidhuber
Dr. Köhler (Duisburg)
Dr. Dollinger
Dr. Unland
Pieroth
Dr. von Geldern
Kittelmann
Vogt (Düren)
Dr. Biedenkopf
Lampersbach
Lenzer
Dr. Hoffacker
Dr. Hüsch
Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion